

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

vom 15.03.2018

**Beginn: 19:00 Uhr    Schluss: 22:28 Uhr****Anwesend:****Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Achim Deinet

**fraktionslos**

Frau Susanne Diesch

**CDU-Fraktion**

Herr Norbert Bader

Herr Albert Daiber

ab 19:45 Uhr anwesend

Herr Gerhard Delle

Frau Annemarie Vollmar

Herr Peter Vollmer

**FUB/BL-Fraktion**

Frau Carmen Britsch

Herr Alexander Eisele

Herr Roland Eisele

Herr Thomas Oberhaus

**FWV-Fraktion**

Herr Wolfgang Dangel

Herr Frank Landthaler

Herr Frank Spähn

Frau Angelika Wiedmer

**Ortsvorsteher**

Herr Guido Klaiber

**Protokollführer**

Herr Hans Walser

**Verwaltung**

Herr Carsten Kubot

Herr Andreas Mutter

Herr Herbert Sonntag

**Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der heutigen Sitzung durch Ladung vom 06.03.2018 ordnungsgemäß eingeladen worden ist; Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 08.03.2018 ortsüblich bekanntgegeben worden sind; das Kollegium beschlussfähig ist, weil 14 Mitglieder anwesend sind.**

**Abwesend:****CDU-Fraktion**

Herr Franz Frick

entschuldigt

**FUB/BL-Fraktion**

Herr Jürgen Falkenstein

entschuldigt

Herr Hans Steyer

entschuldigt

Herr Rainer Härle

entschuldigt

**FWV-Fraktion**

Herr Thomas Maier

entschuldigt

**Ortsvorsteher**

Herr Stefan Koch

entschuldigt

Herr Karl-Anton König

entschuldigt

**Verwaltung**

Herr Günter Bechinka

entschuldigt

Herr Siegfried Gnann

entschuldigt

**Als Urkundspersonen wurden ernannt: Bürgermeister Deinet  
Stadtoberinspektor Walser**

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenstände eingetreten und beschlossen:

**Öffentlich:**

1. **Begrüßung und Anfragen aus der Bürgerschaft**
2. **Zellerseefreibad**
  - a) **Information durch Pro Regio über die Wasserqualität**
  - b) **Abschluss einer Vereinbarung mit der PVM über den Betrieb des Naturfreibades**
3. **Bebauungsplan "Liebherr - Erweiterung Nordost"**
  - a) **Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Einwendungen**
  - b) **Erneuter Auslegungsbeschluss**
  - c) **Satzung über die örtlichen Bauvorschriften**
4. **Schulsanierung**
5. **Wirtschaftspläne der städt. Eigenbetriebe**
  - a) **Eigenbetrieb städt. Baubetriebshof**
    - **Beratung**
    - **Beschlussfassung**
  - b) **Eigenbetrieb städt. Abwasserbeseitigung**
    - **Beratung**
    - **Beschlussfassung**
  - c) **Eigenbetrieb städt. Wasserversorgung**
    - **Beratung**
    - **Beschlussfassung**
  - d) **Eigenbetrieb städt. Tourist-Information**
    - **Beratung**
    - **Beschlussfassung**
6. **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018**
  - a) **Beratung über die Anträge der Fraktionen**
  - b) **Beschlussfassung der Anträge**
  - c) **Beschlussfassung über den Haushalts 2018**
7. **Umstrukturierung DV-Verbund/Fusion der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT**
8. **Bekanntgaben und Verschiedenes**
9. **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**
10. **Anfragen aus dem Gemeinderat**
11. **Anfragen aus der Bürgerschaft**

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 1****Begrüßung und Anfragen aus der Bürgerschaft**

Bürgermeister Deinet eröffnet die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich, darunter auch die Vertreter der Schwäbischen Zeitung, Herr Mader und Herr Dreher.  
Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Danach bittet er die Bürger um Verständnis, dass die vorhergehende nicht öffentliche Sitzung etwas länger dauerte.  
Er gibt bekannt, dass Hauptamtsleiter Bechinka und Bauamtsleiter Gnann erkrankt seien.

**Anfragen aus der Bürgerschaft**

Herr Blumenschein möchte den Gesamtstand der Schulden wissen, zum Jahresende 2018 und die Höhe der Außerhaus-Finanzierung.  
Bürgermeister Deinet verweist auf TOP 6, in dem der Haushaltsplan 2018 beraten werde.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 2****Zellerseefreibad****a) Information durch Pro Regio über die Wasserqualität****b) Abschluss einer Vereinbarung mit der PVM über den Betrieb des Naturfreibades**

1. Der von Herr Trautmann vorgesehene Vortrag wird in der heutigen Sitzung nachgeholt. Herr Trautmann ist in der Sitzung anwesend und macht Aussagen über die Wasserqualität und über die Möglichkeiten den Bewuchs in Bezug auf den Badebetrieb in den Griff zu bekommen.

2. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, das Zellerseebad als Naturfreibad mit einer Badeaufsicht weiterzuführen. In der heutigen Sitzung wird Herr Kubenz von der Firma PVM anwesend sein und den geplanten Betrieb des Zellerseefreibades vorstellen. Die PVM wird den Betrieb ohne die gastronomischen Einrichtungen übernehmen und die Betriebsaufsicht, die Wasseraufsicht und den regelmäßigen Betrieb der Anlage übernehmen.

Vorgesehen ist eine Vertragsdauer für die Sommersaison 2018.

Bei der Beauftragung an die PVM ist auch die Öffnungszeit zu definieren, da hiervon auch wesentlich die Kosten abhängen. Grundlage des bisherigen Angebots der PVM ist eine Öffnungszeit von 10 Stunden pro Tag, wobei die Öffnungszeit noch festgelegt werden kann (vgl. beiliegendes Angebot). Position 1 und 2 sind alternativ, abhängig von der beauftragten Öffnungszeit. Längere Öffnungszeiten sind möglich, verursachen aber zusätzliche Kosten.

3. Die PVM schlägt vor, zum Kassieren des Eintrittsgeldes einen Ticketautomaten anzuschaffen. Bei Anschaffung eines Ticketautomaten muss mit Kosten von ca. 10.000 € - 15.000 € zuzüglich Aufstellen gerechnet werden. Eine Finanzierung im Haushalt 2018 ist nicht eingeplant. Bei einer Finanzierung für 1 Jahr lässt sich die Finanzierung schlecht darstellen. Weiter schlägt die PVM vor, einen Schwimmsteg zur Abgrenzung des Nichtschwimmer- zum Schwimmbereich anzuschaffen, pro m<sup>2</sup> Schwimmsteg ist mit Kosten von ca. 300 € zu rechnen. Für die gastronomische Versorgung sieht die PVM die Aufstellung von Automaten vor. Um die notwendigen Investitionen finanziell besser darstellen zu können, sollte über einen längeren Auftragszeitraum mit der PVM nachgedacht werden. Hierzu wird die PVM entsprechende Angebote unterbreiten.

Im Haushalt 2018 sind die Mittel eingeplant, die einen Betrieb im Umfang wie im Jahr 2017 gewährleisten. Darüberhinausgehende Öffnungszeiten und Investitionen sind im Haushalt 2018 bisher nicht eingeplant.

Für die Bekämpfung des Aufwuchses sieht die PVM die Anschaffung eines Mähbootes vor. Die Anschaffung lässt sich wirtschaftlich aber auch nur darstellen wenn der Einsatz über mehrere Jahre geht. Ansonsten müsste mit einer Mietlösung gearbeitet werden.

**a) Information durch Pro Regio über die Wasserqualität**

Herr Trautmann verweist auf 2 Broschüren und referiert ausführlich über die Wasserqualität. Er führt aus, dass die Wasserqualität grundsätzlich gut sei und die durchgeführten Maßnahmen greifen. Zur weiteren Verbesserung empfiehlt er den See regelmäßig abzulassen (sogen. „Wintern“). Dies solle am besten alle 4-6 Jahre erfolgen.

Bezüglich des Mähens schlägt er vor, mindestens 2 mal im Jahr zu mähen.

Ein Graskarpfeinsatz wegen des Grasbewuchses hat das Regierungspräsidium Tübingen jedoch nicht zugelassen.

Danach bedankt sich Bürgermeister Deinet bei Herrn Trautmann und verabschiedet ihn.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**b) Abschluss einer Vereinbarung mit der PVM über den Betrieb des Naturbades**

Bürgermeister Deinet weist darauf hin, dass der Gemeinderat bereits vorher in nicht öffentlicher Sitzung über die Fa. PVM beraten habe.

Man sei sich grundsätzlich einig, dass die Fa. PVM die Badeaufsicht übernehme, jedoch seien noch organisatorische Dinge wie Kassenautomat, und weitere Geräte zu klären.

Anschließend steht Herr Kubenz für Fragen zur Verfügung.

Stadtrat Vollmer von der CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU-Fraktion dies so nicht mitgehen könne, da die Investitionen zu hoch seien.

Bürgermeister Deinet weist darauf hin, dass in der letzten Gemeinderatsitzung beschlossen wurde, den Zellersee als Naturfreibad zu betreiben.

Stadtrat A. Eisele teilt für die FUB/BL-Fraktion mit, dass der Beschluss nur für dieses Jahr gelte. Weitere Investitionen bedürften einer weiteren Prüfung und Vorlaufzeit.

Stadtrat Dangel von der Freien Wählervereinigung spricht sich für Variante 2 aus.

Öffnung des Bades von 7:30 Uhr – 9.00 Uhr und 13.00 Uhr – 19.00 Uhr, Samstag und Sonntag, sowie Feiertage 9.00 – 19.00 Uhr. Mit zusätzlichen Öffnungszeiten bei schönem Wetter.

Größere Investitionen sollen später diskutiert werden.

Die Freie Wählervereinigung ist für eine vollständige Erhaltung des Zellerseefreibades und kritisiert die CDU für ihre derzeitige Haltung.

Stadtrat Vollmer erwidert, dass man die Kosten im Blick haben müsse.

Ein Mähboot soll durch Zuschussmittel vom Auftraggeber von der PVM angeschafft werden.

Evtl. könne später das Boot von der Stadt übernommen werden.

Herr Kubenz ergänzt, dass das Boot ohne Führerschein bedient werden könne.

Stadtrat Vollmer ist der Ansicht, dass das auch ein externer Dienstleister machen könne.

Stadtrat A. Eisele schlägt vor, öfters zu mähen, da im letzten Jahr ein dreimaliges Mähen nicht ausreichte.

Stadträtin Diesch weist darauf hin, dass ein zuviel an Mähen evtl. das Gegenteil bewirken könne.

**Nach weiterer kurzer Aussprache schlägt Bürgermeister Deinet vor, abzustimmen.**

**Danach ergehen bei**

**10 Ja-Stimmen, 5 Gegen-Stimmen und keiner Enthaltung**

**folgende Beschlüsse:**

1. Der Gemeinderat nimmt den Bericht von Herr Trautmann zur Kenntnis.
2. Die Firma PVM erhält den Auftrag zur Übernahme des Betriebs des Naturfreibades Zellersee für das Jahr 2018 mit verlängerten Öffnungszeiten.

**Einstimmiger Beschluss:**

3. Im Jahr 2018 erfolgen keine weiteren Anschaffungen bzw. Investitionen.

**Bei 8 Ja-Stimmen, 6 Gegen-Stimmen und 1 Enthaltung:**

4. Es wird ein Mähboot angeschafft für 18.000 Euro

**Ticketautomat einstimmiger Beschluss:**

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die günstigste Lösung hierfür zu suchen. Auch ohne einen Kauf.
6. Speisen und Getränke werden mit der Fa. PVM geklärt.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 3****Bebauungsplan "Liebherr - Erweiterung Nordost"**

- a) Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Einwendungen**
- b) Erneuter Auslegungsbeschluss**
- c) Satzung über die örtlichen Bauvorschriften**

Bei diesem TOP ist zusätzlich anwesend der planende Ingenieur Herr Kapitel und der Umweltplaner, Herr Menz.

Am 17.03.2016 wurde beschlossen, im Bereich der Firma Liebherr zwischen dem bisherigen Werksgelände und der Umgehungsstraße einen Bebauungsplan aufzustellen. Dies wurde veröffentlicht im Schussenboten am 01.04.2016. Die vorzeitige Anhörung der Öffentlichkeit fand statt in der Zeit vom 11.04. bis 11.05.2016. Gleichzeitig wurden die Träger öffentlicher Belange am 24.03.2016 von der Planung unterrichtet.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 16.03.2017 den Bebauungsplanentwurf gebilligt und beschlossen, diesen öffentlich auszulegen. Dies fand statt vom 18.04. bis 18.05.2017. Gleichzeitig wurden die Träger öffentlicher Belange von der öffentlichen Auslegung unterrichtet. Die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wurden in einer Abwägungsliste durch Herrn Ingenieur Kapitel zusammengefasst.

**Planänderung:**

Die Firma Liebherr hat den Bebauungsplanentwurf überarbeitet und geändert und möchte als wesentlichste Änderung jetzt die Traufhöhe auf 29 m statt 18 m erhöhen. Da damit die Grundzüge der Planung berührt werden, muss der Bebauungsplanentwurf erneut ausgelegt werden. Herr Kapitel erläutert die Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf. Gleichzeitig ist noch die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landratsamt Biberach, Untere Naturschutzbehörde zum planexternen naturschutzrechtlichen Ausgleich zu schließen. Weiter sind noch die örtlichen Bauvorschriften als Satzung zu erlassen.

Das Gebäude wird 5 geschossig. Durch die Planänderung muss der Bebauungsplan erneut ausgelegt werden.

Stadtrat Spähn bemerkt, dass durch die attraktive Fassadengestaltung die bestehenden Hallen verdeckt werden und damit die Aussicht ansehnlicher werde.

Anschließend erläutert Herr Kapitel die Abwägungsliste.

Herr Menz erläutert die Umweltauswirkungen und die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen.

Stadtrat A. Eisele ergänzt, dass man es positiv sehe, dass die Firma Liebherr in Bad Schussenried investiere.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**Ohne weitere Fragen ergeht folgender**

**einstimmiger Beschluss:**

- a) Der Gemeinderat entscheidet, wie vorgeschlagen, über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Einwendungen.
- b) Aufgrund der Änderung, wodurch die Grundzüge der Planung betroffen werden, wird der Bebauungsplanentwurf erneut ausgelegt.
- c) Die örtlichen Bauvorschriften werden als Satzung erlassen.
- d) Mit der Unteren Naturschutzbehörde wird eine Vereinbarung über den planexternen naturschutzrechtlichen Ausgleich geschlossen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 4**

## Schulsanierung

Bereits im Jahr 2017 wurden die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg darüber informiert, dass Seitens des Bundes Sondermittel für schulische Sanierungen bereitgestellt werden. Gleiches gilt für Landesmittel.

Die Mittel des Bundes betragen ca. 3,5 Milliarden Euro, die Mittel des Landes 337 Millionen Euro. Die Landesmittel werden mit Hilfe von Bundesmittel auf 500 Millionen Euro erhöht.

Anspruchsberechtigt für Bundesmittel sind ca. 50 % der Gemeinden in Baden-Württemberg, die als steuerkraftschwach gelten. Die Stadt Aulendorf, die Stadt Bad Schussenried und die Stadt Biberach gehören nicht dazu, aber die Landeshauptstadt in Stuttgart. Somit besteht eine Antragsberechtigung seitens der Stadt Bad Schussenried nur für die Landesmittel.

Die Fachförderung in diesem Bereich beträgt 33 % der förderfähigen Kosten, effektiv rechnet die Verwaltung mit einem Fördersatz von ca. 17 – 18 %, welcher mit Mitteln des Ausgleichstock ergänzt werden kann.

Die Antragsfrist für das Jahr 2018 endet am 31.03.2018, der Baubeginn hat noch in den Sommerferien 2018 zu erfolgen. Die Maßnahme ist am 31.12.2022 abzuschließen, die Abrechnung bis zum 31.12.2023, ansonsten verfallen alle Fördermittel. Zu diesem Thema fanden Gespräche zwischen der Verwaltung, dem Regierungspräsidium Tübingen und den Landratsamt Biberach statt. Über alle wesentlichen Inhalte des Gesprächs wurde der Gemeinderat im Vorfeld informiert, ebenso über mögliche alternative Antragstellungen.

Derzeit geht die Verwaltung bei einer Antragstellung für das Schulzentrum von geschätzten Gesamtkosten von 12,6 Millionen Euro aus. Diese wären im Haushaltsplan der Jahre 2018 bis 2021 monetär darzustellen. Eine Antragstellung ist jeweils für die betroffene Schulart, wie auch für ein Schulzentrum möglich.

Gemäß den besprochenen Alternativen mit den jeweiligen Zuschussgebern geht die Verwaltung davon aus, dass im Hinblick auf die zur Verfügung stehende Fördermittel und die möglichen Antragssummen eine vielfache Programmüberzeichnung vorhanden sein wird. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung eine Ermächtigung für eine Antragstellung bis zum 31.03. diesen Jahren mit einer Antragssumme von 12,6 Millionen Euro vor.

Zur Begründung gilt anzuführen, dass das Schulzentrum der Stadt Bad Schussenried positiv für die Zukunft ausgerichtet werden soll. Dies gilt insbesondere für die flexible Raumnutzung, für die derzeit ein Nutzungskonzept erstellt wird. Weiter begründet sich die Antragstellung darin, dass eventuelle Entwicklungen im Kultusbereich und den Vorgaben für die jeweiligen Schulträger im Falle der Umsetzung, vollständig abgedeckt werden könnten.

Stadtkämmerer Kubot erläutert den Sachverhalt.

Er teilt mit, dass sich die Gesamtkosten auf 12,9 Millionen Euro erhöht haben und die Antragsfrist am 31.03.2018 ende.

Die Sporthalle ist in diesen Kosten nicht enthalten.

Stadtrat A. Eisele stellt fest, dass man in einer schwierigen Situation sei. Man übernehme einen Investitionsstau bei den Schulen und müsse deswegen wieder Kredite aufnehmen und Schulden sanieren.

Wichtig sei jedoch, dass man vorher eine Wirtschaftlichkeitsprüfung und ein Raumkonzept erstelle, wie man bereits in einem Vortrag bezüglich der Sporthalle gehört habe.

Dann könne man gemeinsam im Sommer/Herbst darüber entscheiden, was der richtige Weg sei.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Bürgermeister Deinet erklärt, dass man in der unglücklichen Situation sei, dass die Antragstellung bis 31.03.2018 erfolgen muss. Aber man solle die Chance auf die Fördertöpfe wahren.

Evtl. solle ein Gesamtkonzept nach der Antragstellung erarbeitet werden.

Er geht davon aus, dass im Juli 2018 das Raumkonzept vorliege (dies wurde im Ält.rat beschlossen).

Stadtrat Vollmer von der CDU-Fraktion teilt mit, dass die Schulen Priorität 1 besitzen und die CDU zustimme.

Stadtrat Dangel von der Freien Wählerversammlung erklärt, dass die Schulen wichtig seien und die Möglichkeit für Zuschüsse genutzt werden müsse.

Frau Diesch stimmt ebenfalls zu.

Danach ergeht folgender

**einstimmiger Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit einer Antragstellung zur Schulbauförderprogramm. Das Antragsvolumen soll 12,9 Millionen Euro betragen, sowohl alle Förderanträge, die neben der Schulbauförderung möglich sind sollen geprüft und mit einer Förderung versehen werden.

Im Falle einer Bezuschussung beschließt der Gemeinderat über das weitere Vorgehen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 5****Wirtschaftspläne der städt. Eigenbetriebe****a) Eigenbetrieb städt. Baubetriebshof**

- Beratung
- Beschlussfassung

**b) Eigenbetrieb städt. Abwasserbeseitigung**

- Beratung
- Beschlussfassung

**c) Eigenbetrieb städt. Wasserversorgung**

- Beratung
- Beschlussfassung

**d) Eigenbetrieb städt. Tourist-Information**

- Beratung
- Beschlussfassung:

Mit der Einbringung der Wirtschaftspläne städt. Baubetriebshof, städt. Abwasserbeseitigung, städt. Wasserversorgung und städt. Tourist-Information am 22.02.2018 wurden Anträge der Fraktionen vorgebracht. In der heutigen Sitzung wird über diese entschieden und die Verwaltung beauftragt, die beschlossenen Anträge in die Wirtschaftspläne 2018 einzuarbeiten.

Stadtkämmerer Kubot weist darauf hin, dass die Wirtschaftspläne in den entsprechenden Ausschüssen vorberaten wurden mit dem Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat zuzustimmen.

**a) Eigenbetrieb städt. Baubetriebshof**

Betr. des Antrages der FUB/BL-Fraktion im Baubetriebshof keine neuen Stellen zu schaffen, teilt Stadtrat A. Eisele mit, dass er den Antrag zurück ziehe, da dies im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert werde.

Danach ergeht der **einstimmige Beschluss**:

**Der Wirtschaftsplan wird in vorliegender Form so beschlossen.**

Der Festsetzungsbeschluss ist in der Anlage beigefügt und wird Bestandteil des Protokolls.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

- 8 -

**Wirtschaftsplan 2018****STÄDTISCHER BAUBETRIEBSHOF**  
- Festsetzungsbeschluss -

Der Gemeinderat hat am \_\_\_\_\_ gemäß § 14 des Eigenbetriebsgesetzes  
(EigBG) folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 beschlossen:

## § 1

Der Wirtschaftsplan 2018 wird festgesetzt:

	2018	2017
1. im Erfolgsplan mit		
- Erträgen und		
- Aufwendungen von je	1.240.000 EUR	1.172.000 EUR
im Vermögensplan mit		
- Einnahmen und		
- Ausgaben von je	97.000 EUR	95.000 EUR
2. mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Krediter- mächtigung) von	0 EUR	0 EUR
3. mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen von	0 EUR	0 EUR

## § 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

247.000 EUR	234.000 EUR
-------------	-------------

Bad Schussenried, den

Achim Deinet  
Bürgermeister

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**b) Eigenbetriebe städt. Abwasserbeseitigung**

Betr. des Antrages der FUB/BL-Fraktion eine 4. Reinigungsstufe einzuführen, wird der Antrag zurückgezogen, da das Thema im Technischen Ausschuss beraten werden soll.

Danach ergeht der **einstimmige Beschluss:**

**Der Wirtschaftsplan wird in vorliegender Form so beschlossen.**

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

- 15 -

## Wirtschaftsplan 2018

### STÄDTISCHE ABWASSERBESEITIGUNG

- Festsetzungsbeschluss -

Der Gemeinderat hat am \_\_\_\_\_ gemäß § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 beschlossen:

#### § 1

Der Wirtschaftsplan 2018 wird festgesetzt:

	2018	2017
1. im Erfolgsplan mit		
- Erträgen und		
- Aufwendungen von je	1.922.000 EUR	1.842.300 EUR
im Vermögensplan mit		
- Einnahmen und		
- Ausgaben von je	970.000 EUR	1.253.000 EUR
2. mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	0 EUR	0 EUR
3. mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	0 EUR	0 EUR

#### § 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	384.000 EUR	368.000 EUR
---	-------------	-------------

Bad Schussenried, den

Bürgermeister

---

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

---

**c) Eigenbetrieb Städt. Wasserversorgung**

Es ergeht der **einstimmige Beschluss:**

**Der Wirtschaftsplan wird in vorliegender Form so beschlossen.**

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

- 10 -

**Wirtschaftsplan 2018****STÄDTISCHE WASSERVERSORGUNG**

- Festsetzungsbeschluss -

Der Gemeinderat hat am \_\_\_\_\_ gemäß § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 beschlossen:

## § 1

Der Wirtschaftsplan 2018 wird festgesetzt:

	2018	2017
1. im Erfolgsplan mit		
- Erträgen und		
- Aufwendungen von je	820.000 EUR	826.000 EUR
im Vermögensplan mit		
- Einnahmen und		
- Ausgaben von je	650.000 EUR	451.000 EUR
2. mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	0 EUR	0 EUR
3. mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen von	0 EUR	0 EUR

## § 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	164.000 EUR	165.000 EUR
--	-------------	-------------

Bad Schussenried, den

Bürgermeister

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**c) Eigenbetrieb städt. Tourist-Information**

Es ergeht der **einstimmige Beschluss:**

**Der Wirtschaftsplan wird in vorliegender Form so beschlossen.**

Bürgermeister Deinet weist darauf hin, dass am 12.04.2018 in der Sitzung des Technischen Ausschusses weitere Infos zum Jahresabschluss gegeben werden.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

- 13 -

## Wirtschaftsplan 2018

### Städtische Tourist-Information

- Festsetzungsbeschluss -

Der Gemeinderat hat am \_\_\_\_\_ gemäß § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 beschlossen:

#### § 1

Der Wirtschaftsplan 2018 wird festgesetzt:	2018	2017
1. im Erfolgsplan mit - Erträgen und - Aufwendungen von je	366.000 EUR	378.000 EUR
im Vermögensplan mit - Einnahmen und - Ausgaben von je	338.000 EUR	352.000 EUR
2. mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Krediter- mächtigung) von	0 EUR	0 EUR
3. mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen von	0 EUR	0 EUR

#### § 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	73.000 EUR	75.000 EUR
---	------------	------------

Bad Schussenried, den

Bürgermeister

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b>  Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19  Beurlaubt: siehe Seite 1  Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!**

**§ 6**

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018**  
**a) Beratung über die Anträge der Fraktionen**  
**b) Beschlussfassung der Anträge**  
**c) Beschlussfassung über den Haushalts 2018**

Stadtkämmerer Kubot teilt bezüglich der **Bürgeranfrage** mit, dass dies im Haushaltsplanentwurf auf Seite 628 dargestellt sei.  
 Zum Jahresende 2018 beträgt der Gesamtschuldenstand einschließlich der Eigenbetriebe 4,425 Millionen Euro.  
 Zur Außerhaus-Finanzierung ist wegen der derzeitigen Marktsituation und der weiteren geplanten Maßnahmen keine genauere Aussage möglich.

Mit der Einbringung des Haushaltsplans am 22.02.2018 wurden die Anträge der Fraktionen vorgebracht. In der heutigen Sitzung wird über diese entschieden und die Verwaltung beauftragt, die beschlossenen Anträge in den Haushalt 2018 einzuarbeiten.

**a) Beratung über die Anträge**

Über die Anträge wurde sogleich beraten und darüber Beschluss gefasst.

Die Anträge sind in der Anlage beigefügt und werden Bestandteil des Protokolls.

Stadtkämmerei Az.: 902-41/2018				16.03.2018			
Anträge des Gemeinderates im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2018				Ergebnishaushalt			
Seite	Produkt	Bezeichnung	Fraktion/ GR	Antrag Planansatz EUR	Stellungnahme der Verwaltung	Entscheidung des Gemeinderat am 15.03.2018	GR-Sitzungen (erledigt)
		<b>Friedhof</b> Rollatortaugliche Umgestaltung der Wege auf dem Friedhof St. Martin. Weiter sollen die Wege mit Wegekanten versehen werden. Zusätzlich sollen weitere Bänke bzw. Sitzmöglichkeiten auf dem Friedhof entstehen. Die Details sollen noch im 1. Halbjahr öffentlich im Gemeinderat bzw. TA besprochen werden.	FUB/BL	<b>Kosten sollen in den Beratungen vorgestellt werden.</b>	Als ersten Schritt schlägt die Verwaltung vor, das Wegekreuz der Hauptwege wassergebunden mit Randeinfassung anzulegen. Entsprechende Angebote werden eingeholt.	Eine Beratung im Gemeinderat im 1. Halbjahr 2018 wird angestrebt. Auf eine weitergehende Beschlussfassung wurde verzichtet.	
		<b>Kosten Friedhofswesen</b> Die Kosten für das Friedhofswesen sollen in 2018 diskutiert werden. Besonders der Aspekt der Gebühren für die Leichenhalle sollen betrachtet werden.	FUB/BL		Beratungen sind noch vor dem Sommerferien 2018 vorgesehen, haushaltswirksam sollen die Ergebnisse ab dem Haushaltsjahr 2019 werden.	Eine Beratung im Gemeinderat im Jahr 2018 wird angestrebt. Auf eine weitergehende Beschlussfassung wurde verzichtet.	
		<b>Technische Anlagenüberprüfung</b> Funktionsüberprüfung der technischen Anlagen in den Schulgebäuden.	CDU		Die technische Überprüfung der Anlagen erfolgt fortlaufend.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
103 113 121	11100120 11100220 11100320	<b>Ortsbudget</b> Das Ortsbudget mit 15 €/Einwohner soll beibehalten werden.	CDU	<b>32.042</b>	Eine Umsetzung kann erfolgen.	Eine einstimmige Zustimmung erfolgte. Die Einarbeitung in den Haushaltsplan ist erfolgt.	16.03.2018
413	11240060	<b>Stadthalle</b> Die Lichttechnik der Stadthalle soll erneuert werden.	FW		Ein Teilaustausch ist bereits erfolgt, weitere Verbesserungen sollen mit Unterhaltsmitteln erfolgen.	<b>Der Antrag wurde abgeändert:</b> Die Verwaltung informiert den TA über geplante Maßnahmen im Bereich der Lichttechnik. Der geänderte Antrag fand einstimmige Zustimmung.	
		<b>Buswartehäuschen Kürnbach</b> Der Ausbau des Buswartehäuschen soll entsprechend dem Standard in der Pfarrer-Leube-Straße ausgeführt werden.	FW	<b>15.000</b>	Ein Austausch im Griesweg ist nicht erforderlich. Der bauliche Zustand ist einwandfrei. Unterhaltsmaßnahmen sollen mit laufenden Mitteln erfolgen.	Nach der Zusage der Verwaltung mit Unterhaltsmitteln ein Sichtfenster einzubauen fand der Antrag einstimmige Zustimmung.	
470	54100050	<b>Straßenbeleuchtung</b> Die Komplettumstellung im Bereich der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen soll erfolgen.	FW		Eine Abarbeitung erfolgt in Teilschnitten in den jeweiligen Haushaltsjahren. Ein Ansatz von 20.000 € ist 2018 eingearbeitet.	<b>Der Antrag wurde abgeändert:</b> Ein Antrag auf Förderung ist zu stellen. Die von der Verwaltung übersandte Kalkulation ist erneut im TA zu beraten. Eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 260.000 € ist für das Haushaltsjahr 2019 einzustellen.	
242	42400010	<b>Naturbad Zellersee</b> Das Naturbad ist zu erhalten.	FW		Eine Beschlussfassung für das Jahr 2018 ist in der Gemeinderatsitzung vom 22.02.2018 erfolgt.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
232	36200410	<b>Jugendtreff New Point</b> Für den Umzug des Jugendtreff und Renovierungsmaßnahmen ist ein Planansatz einzustellen.	FW	<b>40.000</b>	Nach der Standortklärung wird ein Beschlussvorschlag mit Kostenschätzung für den Gemeinderat erarbeitet.	Der Antrag fand einstimmige Zustimmung. Eine Einarbeitung in den Haushaltsplan ist erfolgt.	

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b>  Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19  Beurlaubt: siehe Seite 1  Außerdem anwesend:
---	---

Seite	Produkt	Bezeichnung	Fraktion/ GR	Antrag Planansatz EUR	Stellungnahme der Verwaltung	Entscheidung des Gemeinderat am 15.03.2018
16.03.2018						
Anträge des Gemeinderates im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2018						
Investitionen						
88	11100010	<b>Dienstfahrzeug Bürgermeister</b> Streichung des Planansatzes.	CDU	35.000	Das Dienstfahrzeug war als Poolfahrzeug für alle Mitarbeiter gedacht. Bei Zustimmung zum Poolfahrzeug für alle Mitarbeiter soll das Fahrzeug unter dem Kostenträger 11260010 Zentraler Einkauf veranschlagt werden.	<b>Die Anträge wurden abgeändert:</b> Der Mittelansatz soll im Bereich des zentralen Einkaufs veranschlagt werden. Über die Beschaffung eines E-Mobils bzw. eines Hybrid Fahrzeug soll im TA unter Betrachtung der Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen. Der Vorschlag dan einstimmige Zustimmung.
88	11100010	<b>Dienstfahrzeug Bürgermeister</b> Die Verwaltung soll einen Vergleich mit den Gemeinden Aulendorf, Ochsenhausen, Riedlingen und Bad Buchau erarbeiten. Weiter soll die finanzielle Belastung der Stadt durch Dienstfahrten des Bürgermeisters in den vergangenen Jahren dargestellt werden. Auch die laufenden Kosten sind einzuarbeiten. Weiter ist zu prüfen, ob ein Poolfahrzeug für die Dienstfahrten aller Amtsleiter beschafft wird.	FUB/BL	35.000	Seit 2010 wurden dem Bürgermeister für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes und den Teilorten keine Reisekosten ersetzt, wie es in anderen Kommunen üblich ist. Der Personalausschuss soll hierfür in Absprache mit dem Bürgermeister eine Vergütung festlegen und eine Lösung für die künftige Handhabung erarbeiten (monatlicher Pauschbetrag).	Eine weitergehende Beratung im Personalausschuss soll erfolgen.
521	21100410	<b>Verpflichtungsermächtigung Sanierung Naturwissenschaften</b> Umwandlung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 740.000 € in einen Planansatz.	CDU	740.000	Eine Entscheidung des Gemeinderats über die Schulsanierung soll in der Sitzung vom 15.03.2018 erfolgen.	Der Antrag wurde wegen der möglichen Generalsanierung und der Beschlussfassung bei TOP 4 der GR-Sitzung vom 15.03.2018 zurückgezogen.
445	42410110	<b>Generalsanierung Sporthalle</b> Verschiebung des Planansatzes von 2018 nach 2019.	CDU	400.000	Der Ansatz kann wegen Planerkosten auf 100.000 € reduziert werden.	<b>Der Antrag wurde abgeändert:</b> Der Planansatz soll auf 200.000 € reduziert werden. Eine einstimmige Beschlussfassung erfolgte. Der Planansatz wurde im Haushaltsplan geändert.
		<b>E-Tankstelle beim Rathaus</b> Eine E-Tankstelle beim Rathaus soll errichtet werden.	FW		Die Baumaßnahme ist bereits begonnen.	<b>Der Antrag wurde abgeändert:</b> Der TA ist über den Stand die Ziele der Baumaßnahme zu unterrichten. Eine einstimmige Zustimmung erfolgte.
		<b>Willkommensschild Bahnhof</b> Am Bahnhof soll ein Willkommensschild, auch auf Englisch, errichtet werden. Auf dem Schild sollen Buszeiten und Angaben zur Taxinutzung ersichtlich sein.	FW		Ein Willkommensgruß steht auf dem alten Bahnhofsgebäude. Weitergehende Informationen sind über Apps in vielen Sprachen abrufbar.	Der Antrag wurde zurückgezogen.
		<b>Erwerb der Bahntrasse</b> Der Kauf der Bahntrasse durch das Stadtgebiet, als Vorbereitung zur möglichen Schussenöffnung soll erfolgen.	FW	70.000	Die Erwerbskosten für die Bahntrasse sind in den Ansätzen für Grunderwerbe des Haushaltplans bereits enthalten.	Der Antrag wurde zurückgezogen.
Anträge der Verwaltung						
		Austausch Fenster Stadtkasse	Verwaltung	10.000	Fenster sind undicht und faul.	Der Antrag fand einstimmige Zustimmung. Eine Einarbeitung in den Haushaltsplan ist erfolgt.
		Kauf Annemarie-Griesinger-Hof	Verwaltung	190.000	Beschlussfassung im Gemeinderat liegt vor.	Eine Einarbeitung ist erfolgt.
		Dorfstraße Steinhausen mit Gehweg	Verwaltung	Neuer Planansatz 210.000	Umsetzung eines Ortschaftsratsbeschluss.	Der Antrag fand einstimmige Zustimmung. Eine Einarbeitung in den Haushaltsplan ist erfolgt.
		Dorfstraße Steinhausen Breitbandausbau	Verwaltung	20.000	Umsetzung eines Ortschaftsratsbeschluss.	Der Antrag fand einstimmige Zustimmung. Eine Einarbeitung in den Haushaltsplan ist erfolgt.
		Telefonanlage erneuern im Rathaus und im Schulzentrum	Verwaltung	60.000	Mit Schreiben vom 26.02.2018 teilte T-Systems der Stadt mit, dass der Anlagenanschluss im Schulzentrum am 28.11.2018 abgekündigt ist. Weiter ist aus der E-Mail ersichtlich, dass der Anschluss im Rathaus am 05.05.2018 ausläuft. Eine Verlängerung bis zum Jahresende 2018 ist maximal möglich. Die Anlage im Rathaus ist über zehn Jahre alt, die im Schulzentrum ca. acht Jahre. Beide Anlagen können digitale Signaleingänge (VoIP) nicht mehr verarbeiten. Eine Ersatzbeschaffung war wegen der Funktionstüchtigkeit der Anlagen bisher nicht vorgesehen. Die Verwaltung ist daher gezwungen eine Ersatzanlage zu beschaffen, eine Leasinglösung wird derzeit geprüft.	Der Antrag fand einstimmige Zustimmung. Eine Einarbeitung in den Haushaltsplan ist erfolgt.

Niederschrift über die  
Verhandlungen und Beschlüsse  
des Gemeinderates

Verhandelt mit dem Gemeinderat am **15.03.2018**  
Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19  
Beurlaubt: siehe Seite 1  
Außerdem anwesend:

Anträge des Gemeinderates im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2018		Sonstige Anträge					
Seite	Produkt	Bezeichnung	Fraktion/ GR	Antrag Planansatz EUR	Stellungnahme der Verwaltung	Entscheidung des Gemeinderat am 15.03.2018	GR-Sitzung (erledigt)
		<u>Gründung einer Arbeitsgruppe Finanzen</u> In dieser Arbeitsgruppe sollen der Haushalt und die Wirtschaftspläne betrachtet und analysiert werden. Ziel ist die Erarbeitung einer ausführlichen Analyse für den Gemeinderat.	FUB/BL		Der Antrag wird befürwortet, er entspricht einem langfristigen Wunsch der Verwaltung.	Der Antrag fand mehrheitliche Zustimmung. Eine Sitzung der Arbeitsgruppe ist zu terminieren. Der Gesamtgemeinderat ist einzuladen, die Fraktionen und die freie Gemeinderätin entscheiden über die Teilnehmer.	
		<u>Haushaltsstruktur</u> Der Gemeinderat und die Verwaltung befassen sich als dauerhafte Einrichtung im Jahr 2018 mit der Haushaltsstruktur.	CDU		Der Antrag wird befürwortet.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Weiterentwicklung Metzgergässle Nord</u> <u>Mit dem Gemeinderat sind strategische Überlegungen zu</u> <u>Entwicklung des Gebiets vorzunehmen. Dabei soll auch der</u> <u>Ankauf von Gebäuden und Flächen betrachtet werden. Die</u> <u>Maßnahmen sind zu ergreifen, sobald die Investorenverträge</u> <u>zum Metzgergässle Süd abgeschlossen sind.</u>	FUB/BL		Die Verwaltung steht bereits mit potentiellen Investoren in Kontakt.	Der Antrag wurde bei einer Enthaltung angenommen.	
		<u>Leerstandmanagement</u> Entwicklung eines Masterplans unter Federführung des Bürgermeisters in Kooperation mit GHV und IHK. Ziel ist es die Innenstadt attraktiv zu halten.	FUB/BL		Das Einzelhandelskonzept, welches vom Gemeinderat bereits einstimmig beschlossen wurde sieht bereits vor, dass in Abstimmung mit dem GHV ein Einzelhandelspezialist sich das Thema annehmen soll. Die Verwaltung wird dies, wie bereits besprochen, in 2018 mit der IHK veranlassen.	Der Antrag fand einstimmige Zustimmung.	
		<u>Handelsflächenerhalt</u> Erhalt aller Handelsflächen im Bereich zwischen der Brauerei Ott und der Metzgerei Huber. Verbindliche Nachnutzung der Flächen der Firma Müller und der Firma Netto nach deren eventuellen Umzug ins Metzgergässle. Freiwillige Selbstverpflichtung des Gemeinderats, einer Umnutzung der Bestandsflächen nur im Ausnahmefall zuzustimmen.	FUB/BL		Die Einzelhandelszonen wurden von der Verwaltung bereits mit dem Regionalverband Donau-Iller für die Fortschreibung des Regionalplaners in 2018 festgelegt. Die Anhörung erfolgt laut Regionalverband Donau-Iller innerhalb der zweiten Jahreshälfte. Eingriffe in Privateigentum verstoßen gegen das Grundgesetz.	Der Antrag fand eine mehrheitliche Zustimmung.	
		<u>Jugendtreff</u> Aufnahme eines TOP Jugendtreff für die März- oder Aprilsitzung des Technischen Ausschusses. Weitergehende Gespräche mit möglichen Vermietern sollen vertieft werden.	FUB/BL		Der Gemeinderat wird seit einiger Zeit fortlaufend über die Bemühungen der Verwaltung um Alternativstandorte zeitnah informiert.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Breithandausbau</u> Umsetzung der Vorgaben des Zweckverbandes KOMPAKT.NET und Freigabe für alle notwendigen Investitionen für das kommunale Glasfasernetz im Stadtgebiet und den Teilorten als Pauschalermächtigung zur Einplanung in den jeweiligen Haushalt.	FUB/BL		Der Antrag wird befürwortet. Das Landratsamt erarbeitet derzeit für alle Kreis Kommunen individuelle Vertragsunterlagen, die den Gemeinden zum Beschluss vorgelegt werden. Es ist aber zu prüfen, ob durch die Beauftragung externer Unternehmen bei gleicher oder verbesserter Leistung und gleichzeitiger Kostenreduzierung ein Vorteil für die Stadt entstehen könnte.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Zellersee</u> Wiederaufnahme der Beratung unter Einbeziehung der Klausurtagung von 2015 und Erstellung einer Kostenschätzung.	FUB/BL		Eine erste Beschlussfassung für das Jahr 2018 erfolgte im Gemeinderat am 22.02.2018. Weitergehende Beratungen wurden einvernehmlich vereinbart. Die Ergebnisse der Klausurtagung von 2015 sollen Beratungsbestandteil sein.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Straßensanierungen</u> Der Straßensanierungsplan soll fortgeschrieben werden.	FUB/BL		Die Abarbeitung soll bis zum Jahresende erfolgen.	Eine Abarbeitung bis zum Jahresende 2018 wurde durch die Verwaltung zugesagt. Auf eine Beschlussfassung wurde verzichtet.	
		<u>Sporthalle</u> Über die von der Verwaltung übersandte Zusammenstellung hinaus ist eine weitergehende Aufstellung der Kosten, hinterlegt mit einer Datengrundlage zu übersenden.	FUB/BL		Die Datengrundlage wurde am 26.02.2018 übersandt.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Monatliche Liquiditätsübersicht</u> Die Übersendung der monatlichen Liquiditätsübersicht soll beibehalten werden.	CDU		Die Listenübersendung wird fortgesetzt.	Die weitere Listenübersendung wurde von Verwaltungseite zugesagt.	
		<u>Kontenübersicht</u> Eine monatliche Übersendung der Kontenübersicht ist vorzunehmen.	CDU		Die monatliche Liquiditätsübersicht und deren Übersendung ist im kommunalem Bereich bereits unüblich, da es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, erfolgt jedoch im Einvernehmen zwischen Gemeinderat und der Verwaltung. Eine weitergehende Übersendung ist nicht erforderlich.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Schulraumkonzeption</u> Die Schulraumkonzeption ist zeitnah fertigzustellen. Ausarbeitung und Vorlage der notwendigen Planungen, zusätzlich einen Zeitplan mit Bauzeiten, ggf. möglichen Beeinträchtigungen des Schulbetriebs, Ausweichklassenzimmern und vor allem machbaren Bauabschnitten.	CDU		Die Schulraumkonzeption wurde bereits im Technischen Ausschuss mit Zeitplan beschlossen. Die Digitalisierung des Gebäudes konnte im Dezember 2017 abgeschlossen werden. Auf dieser Basis erfolgen zur Zeit die Gespräche zum Raumkonzept mit den Schulleitern. Der Abschluss ist für Juli 2018 geplant. Weiter wird auf den TOP zur Schulsanierungsförderung am 15.03.2018 verwiesen.	Der Antrag wurde zurückgezogen.	15.03.2018
		<u>Rückstellungsbildung für Schulsanierung</u> Für Schulsanierungen ist eine Rückstellung in Höhe von 1,5 Mio. € zu bilden.	CDU		Auf die Beschlussfassung zum TOP in der Sitzung vom 15.03.2018 wird verwiesen.	Der Antrag fand mehrheitliche Zustimmung.	



Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b>  Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19  Beurlaubt: siehe Seite 1  Außerdem anwesend:
---	---

## Haushaltsplan 2018

Bad Schussenried

### Haushaltssatzung der Stadt Bad Schussenried für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 04. Mai 2009 (GBl. S. 185) hat der Gemeinderat am 15.03.2018 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen:

#### § 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit EUR

1. im **Ergebnishaushalt** mit folgenden Beträgen

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	17.630.801
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	<u>-15.766.400</u>
1.3 <b>Ordentliches Ergebnis</b> (Saldo aus 1.1 und 1.2)	<b>1.864.401</b>
1.4 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0
1.5 <b>Veranschlagtes ordentliches Ergebnis</b> (Saldo aus 1.3 und 1.4.)	<b>1.864.401</b>
1.6 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0
1.7 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	<u>0</u>
1.8 <b>Veranschlagtes Sonderergebnis</b> (Saldo aus 1.6 und 1.7)	<b>0</b>
1.9 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8)	1.864.401

2. in **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.237.892
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>-14.745.852</u>
2.3 <b>Zahlungsmittelüberschuss/ -bedarf des Ergebnishaushalts</b> (Saldo aus 2.1 und 2.2)	<b>2.492.040</b>
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.760.300
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>-2.559.604</u>
2.6 <b>Veranschlagtes Finanzierungsmittelüberschuss/ -bedarf aus Investitionstätigkeit</b> (Saldo aus 2.4 und 2.5)	<b>- 799.304</b>
2.7 <b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf</b> (Saldo aus 2.3 und 2.6)	<b>1.692.737</b>
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	<u>- 726.480</u>
2.10 <b>Veranschlagter Finanzierungsüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b> (Saldo aus 2.8 und 2.9)	<b>- 726480</b>
2.11 <b>Veranschlagt Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts</b> (Saldo aus 2.7 und 2.10)	<b>966.257</b>

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**Haushaltsplan 2018**

Bad Schussenried

**§ 2**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird  
festgesetzt auf 2.000.000 EUR.

**§ 3**

Die Hebesätze werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe  
(Grundsteuer A) auf 410 v.H.,

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 410 v.H.

der Steuermessbeträge;

2. für die Gewerbesteuer auf 348 v.H.  
der Steuermessbeträge.

**§ 4**

Der dem Haushaltsplan beigefügte Stellenplan ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

**§ 5**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von 260.000 EUR

Bad Schussenried, den

Achim Deinet  
Bürgermeister

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 7****Umstrukturierung DV-Verbund/Fusion der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT****Sachverhalt:****I. Begründung****a) Ursachen für die Fusion**

Eine 2014 eingeleitete Prüfung der bisherigen Zusammenarbeit der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZ BW) und der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Versorgung der baden-württembergischen Kommunen und ihrer Einrichtungen mit Leistungen der Informationstechnik hat gezeigt, dass die wirtschaftliche Aufgabenerledigung in der heutigen Struktur des Datenverarbeitungsverbands Baden-Württemberg (DVV BW) nicht dauerhaft gewährleistet ist.

Die partnerschaftliche Potenzialanalyse („commercial due diligence“) kam zu dem Ergebnis, dass mit der Zusammenführung der Geschäftstätigkeit aller vier Einrichtungen eine zukunftsfähige Organisation mit Wirtschaftlichkeitseffekten in einer Größenordnung von ca. 25 Millionen Euro innerhalb von fünf Jahren ab Fusion geschaffen werden kann. Gleichzeitig versetzt sich der DVV BW damit in die Lage, kommunales Wissen und IT-spezifisches Know-how für die Zukunft zu sichern.

Dies fördert die weitere Vereinheitlichung und Standardisierung der kommunalen Strukturen und Verfahren der Informationstechnik und trägt in Kooperation mit dem Land zum Ausbau einer modernen bürgerfreundlichen Verwaltung in Baden-Württemberg bei.

**b) Gesetzlicher Rahmen**

Den rechtlichen Rahmen für die Zusammenführung bildet das Gesetz zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes und anderer Vorschriften, das am 28. Februar 2018 vom Landtag beschlossen wurde, s. hierzu Anlage 1.

Es ist beabsichtigt, dass die Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF durch gleichlautenden Beschluss in ihren Verbandsversammlungen der DZ BW beitreten. Dabei bringen sie jeweils ihr gesamtes Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Ausgliederung (§§ 123ff UmwG) in die DZ BW ein, die damit per Gesetz zu ITEOS wird, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, welche für die Kommunen die bisherigen Aufgaben der DZ BW und der Zweckverbände übernimmt, s. hierzu Anlage 2.

Unmittelbar darauf schließen die Zweckverbände sich zum Gesamtzweckverband 4IT zusammen.

Die Unternehmensformen wurden so gewählt, dass die bisherige Inhouse-Fähigkeit für eine Beauftragung seitens der künftigen Träger vergaberechtskonform gewährleistet bleibt.

**c) Vermögensentwicklung**

Zum Gesamtvermögen der Zweckverbände und der DZ BW werden jegliche Aktiv- und Passivvermögen, sämtliche Arbeits-, Beamten- und sonstigen Dienstverhältnisse, alle bilanzierten und nicht bilanzierten Rechte und Pflichten sowie die jeweiligen Tochtergesellschaften gezählt.

Voraussetzung für die Fusion ist ein ausgewogener Vermögensausgleich. Die Fusionspartner haben vereinbart, dass die Zweckverbände im Gegenzug für ihr eingebrachtes Gesamtvermögen folgende Stammkapitalanteile an ITEOS zugewiesen bekommen: KIRU 22%, KDRS 22%, KIVBF 44%. Die übrigen Anteile (12 %) werden vom Land Baden-Württemberg gehalten. Die Zuweisung der Stammkapitalanteile wurde auf Basis des vorläufigen Vermögensausgleichs so vereinbart, dass Nachschusspflichten ausgeschlossen sind, s. hierzu

Anlage 3.

Als Stichtag für den endgültigen Vermögensausgleich wird für alle Unternehmenseinheiten der 30.06.2018 angesetzt. Die abschließende Bewertung durch ein Unternehmenswertgutachten erfolgt zum 30.06.2018 vorbehaltlich anschließender Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung des Gesamtzweckverbands 4IT im Dezember 2018.

Wie hoch dieses Gesamtvermögen sein wird, steht aufgrund der ausstehenden Jahresabschlüsse der Fusionspartner zum 31.12.2017 und 30.6.2018 noch nicht endgültig fest.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Die Anteile der Mitgliedskommunen an den heutigen Zweckverbänden bleiben mit dem Beitritt der Zweckverbände zur DZ BW wertmäßig unverändert.

#### d) Mitwirkungsmöglichkeiten

Unmittelbar nach ihrem Beitritt zur DZ BW vereinigen sich die drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum neuen Gesamtzweckverband 4IT, der gemeinsam mit dem Land die Trägerschaft von ITEOS ausübt und dafür mit den erforderlichen Aufsichts- und Kontrollfunktionen ausgestattet wird, s. hierzu Anlage 4. Weitere Einzelheiten regelt der Fusionsvertrag, s. hierzu Anlage 5.

21 der insgesamt 26 Verwaltungsratsmitglieder der ITEOS werden aus den heutigen Verbandsgebieten der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF entsendet. Jeweils vier dieser kommunalen Verwaltungsratsmitglieder kommen aus den bereits bestehenden fünf Mitgliedersegmenten, das 21. Mitglied repräsentiert die Mitglieder, die keinem Segment direkt zuzuordnen sind (z.B. kommunale oder regionale Verbände). Damit ist gewährleistet, dass alle Mitgliedersegmente gleich stark vertreten sind und über den Verwaltungsrat Einfluss auf die Entwicklung von ITEOS nehmen können.

Zusätzlich kann die Verbandsversammlung für jedes der fünf bekannten Mitgliedersegmente einen dauerhaften Mitgliederbeirat einrichten, aus dem wiederum Vertreter in den Organisationsbeirat von ITEOS entsendet werden, um die spezifischen Anforderungen der von ihnen vertretenen Kommunen an das Produktportfolio in den weiteren Entscheidungsprozess einzubringen.

Der Gesamtzweckverband 4IT verfügt über kein eigenes Vermögen und finanziert sich über Umlagen, die nach einem von seiner Verbandsversammlung festgelegten Schlüssel erhoben werden.

## **II. Zusammenfassung**

Ziel des Beitritts der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur DZ BW und der Fusion der Zweckverbände zum Gesamtzweckverband 4IT ist der Erhalt einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen kommunalen IT in Baden-Württemberg. Dabei liegt der Fokus auf der dauerhaften Verbesserung von Leistungen (Qualität, Service und Kosten) für Bestands- und Neukunden, indem die lokalisierten Synergien in den Leistungsprozessen sukzessive realisiert werden.

Die Entgelte für die von den Mitgliedern der Zweckverbände bezogenen Leistungen werden für eine Übergangszeit nach den heutigen Verbandsgebieten gesplittet, damit kein Verbandsmitglied gemessen am Status quo durch die Fusion schlechter gestellt wird, s. hierzu Anlage 6. Ferner werden die Mitglieder über eine Gremienstruktur verstärkt am Aufbau und an der Weiterentwicklung der Produkte und Dienstleistungen beteiligt.

Eine gemeinsame Trägerschaft durch den Gesamtzweckverband 4IT und das Land Baden-Württemberg sichert ITEOS, und damit der kommunalen IT, eine zukunftsfähige Neustruktur. Die Kooperation zwischen dem Land und den Kommunen im Bereich der Informationstechnik und die Anbindung kommunaler Verfahren an die Verfahren der Landesbehörden sind wesentlich für den Ausbau einer bürgerfreundlichen digitalisierten Verwaltung. Dadurch wird die Produktivität des Unternehmens gesteigert, was dabei hilft, die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung zu sichern.

Stadtkämmerer Kubot hält den Sachvortrag.  
Er erläutert die Fusion.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Ohne weitere Fragen ergeht

**bei 1 Gegen-Stimme, ansonsten Zustimmung**

**folgender Beschluss:**

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIRU zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt den BM, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIRU die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIRU zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR)
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 8****Bekanntgaben und Verschiedenes**

Stadtkämmerer Kubot teilt mit, dass vom Verwaltungsgericht Sigmaringen noch keine Entscheidung gekommen sei bezüglich des Holzhofweges.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 9****Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

Stellv. Hauptamtsleiter Mutter berichtet, dass in letzter Gemeinderatsitzung beschlossen wurde, in Steinhausen eine Teilfläche des Flst. 93 zu erwerben.

Weitere Vereinbarungen bezüglich eines Vorkaufsrechts und der Aussicht auf Änderung des Flächennutzungsplans wurden getroffen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 10****Anfragen aus dem Gemeinderat**

Stadträtin Diesch fragt nach, ob es möglich sei, die Löcher am Bahnhof zu verfüllen.  
Bürgermeister Deinet antwortet, dass dies Privatgrund sei, aber man mit dem Eigentümer reden werde.

Stadträtin Diesch fragt weiter, ob es möglich sei, das Mähboot auch dann dem Fischereiverein zur Verfügung zu stellen.  
Bürgermeister Deinet antwortet, dass dies geprüft werde.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

**öffentlich!****§ 11****Anfragen aus der Bürgerschaft**

Es erfolgen keine Anfragen.

---

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <b>15.03.2018</b> Anwesend: Der Bürgermeister und 14 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

---